Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 65. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Dienstag, den 18. März 1930. | 12. Jahrgang

Aufwärts sehen, das ist gut.
Aufwärts geht's mit frohem Mut!
Aufwärts leuchtet hell das Licht,
Aufwärts wohnt das Dunkel nicht.
Aufwärts leuchten Sterne viel,
Aufwärts richt dein Lebensziel.
Aufwärts blick in aller Not!
Aufwärts wohnt der Helfer, Gott! —

Eine alte Aufwärtsleserin.

Trunksucht auf Borg.

Von D. Strathmann, Erlangen, M.d.R.

„Erfahrungsgemäß wird dem Hange zum Mißbrauch geistiger Getränke besonders durch das Verabfolgen der letzteren auf Kredit Vorschub geleistet. Aus industriellen Bezirken wird die Klage erhoben, daß die Arbeiter, welche ihren Lohn wöchentlich oder in größeren Zwischenräumen erhalten, in der Zeit zwischen den Lohnzahlungen die geistigen Getränke in Schänken und Kleinhandlungen auf Kredit entnehmen und dadurch oft verleitet werden, Schulden einzugehen, welche sie bei Empfang ihres Lohnes nicht bezahlen können. Auf diese Weise geraten sie binnen kurzem in eine Abhängigkeit von den Schankwirten und Kleinhändlern, welche die Fortsetzung des Bezuges übermäßiger Mengen von Spirituosen, demnächst gewohnheitsmäßige Trunksucht und schließlich völligen wirtschaftlichen Ruin zur Folge hat. Aehnliche Klagen sind in landwirtschaftlichen Bezirken . . . . laut geworden. . . . Die Kreditierung geht so lange fort, bis die Schuld einen Betrag erreicht hat, welchen der Schuldner bar zu erlegen nicht mehr imstande ist. Dann wird die Branntweinschuld zur Grundlage wucherischer Darlehensgeschäfte aller Art gemacht, welche den Kleinbauern in seiner ganzen Wirtschaft von dem Gläubiger abhängig machen und bei fortdauernder Steigerung des übermäßigen Branntweingenusses nicht selten zum Verlust von Haus und Hof führen."

Diese Sätze finden sich in der Begründung des Gesetzentwurfes „betreffend die Bekämpfung der Trunksucht", den am 15. Januar 1892 Herr von Böttticher nach Zustimmung des Bundesrates dem Reichstag zur Beschlußfassung vorlegte (Drucksache Nr. 593). Sie dienten der Begründung des dort vorgesehenen § 10, in welchem, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die Verabreichung geistiger Getränke auf Borg untersagt und außerdem bestimmt wurde, daß „Forderungen für Getränke, welche den vorstehenden Bestimmungen zuwider verabfolgt sind, weder eingeklagt, noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können." — —

Die Erfahrungen, aus denen vor 40 Jahren diese Vorschläge erwuchsen, gehören leider keineswegs der Vergangenheit an. Darum ist es begreiflich, daß alle die, welchen die Eindämmung der Alkoholschäden am Herzen liegt, immer wieder nach dieser gesetzlichen Hilfe verlangt haben und bis zum heutigen Tage verlangen. Unvermeidlich mußten deshalb die, welche sich bei der gegenwärtigen Beratung des Schankstättengesetzes zu Anwälten dieser Bestrebungen machen, versuchen, eine ähnliche Bestimmung in das Gesetz hineinzubringen. Es war erfreulich, daß hinsichtlich des hierbei zu erstrebenden Zieles die Mitglieder des Ausschusses sich durchaus einheitlich aussprachen; auch der Abg. Köster, der die Wahrung der Interessen des Gastwirtestandes als seine besondere Aufgabe ansieht, sprach sich dahin aus, daß er solche Mißstände bekämpfe und daß er solche Gastwirte, die ihnen Vorschub leisten, durchaus verurteile. Nur wurde freilich von einigen Abgeordneten mit besonderem Nachdruck geltend gemacht, es werde unmöglich sein, eine praktisch brauchbare Formulierung zu finden.

Aber es wäre gewiß höchst bedauerlich, wenn die praktische Auswertung der bekundeten grundsätzlichen Uebereinstimmung hieran gescheitert wäre. Schreiber dieses versuchte unter Anlehnung an den Entwurf von 1892 eine Formel zu finden, die allen vorgebrachten Bedenken Rechnung trüge. Sie lautete folgendermaßen:

> Forderungen für geistige Getränke, welche, von Notfällen abgesehen, im Betrieb einer Gaststätte zum Genuß an Ort und Stelle auf Borg verabreicht werden, können weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden.
>
> Als Borg im Sinne vorstehender Bestimmung gilt nur die Befristung der Zahlung über den Zeitpunkt hinaus, in welchem der Gast die Gaststätte verläßt.
>
> Die Vorschrift des Abs. 1 findet keine Anwendung auf die Verabreichung geistiger Getränke seitens der Gastwirte an ihre zur Beherbergung aufgenommenen Gäste sowie auf die Verabreichung von geistigen Getränken, welche üblicherweise als Zubehör zu Mahlzeiten verabreicht werden; ferner nicht auf die Verabreichung von geistigen Getränken bei geselligen Veranstaltungen, für deren Kosten der Gastgeber aufkommt.
>
> Die Vorschrift des Abs. 1 findet entsprechende Anwendung auf die Lieferung von Branntwein im Kleinhandel an den Verbraucher.

Hierzu sei bemerkt, daß insbesondere der Vorwurf der Begünstigung der Zechprellerei gegen diese Formel (nach Abs. 2) keineswegs erhoben werden kann. Denn demjenigen, der sich ihrer schuldig macht, ist die Zahlung ja durchaus nicht vom Wirt „befristet" worden.

Eine aussichtsvolle Mehrheit ergab sich indessen nur für folgenden Antrag, der dann von den Abg. Diez (Zentrum), Sollmann (Soz.), und Strathmann (Deutschn.) gemeinsam eingebracht wurde:

(1.) Forderungen eines Gast- od. Schankwirtes aus dem Ausschank v. Branntwein können weder eingeklagt noch in sonst. Weise geltend gemacht werden, wenn sie Personen gestundet worden sind, die dem Gast- oder Schankwirt eine frühere Schuld gleicher Art noch nicht bezahlt haben. Dasselbe gilt für Forderungen aus der Abgabe von Branntwein im Kleinhandel, sofern nicht die Lieferung mit Bezug auf den Geschäftsbetrieb des Empfängers erfolgt.

(2.) Als Stundung im Sinne des Abs. 1 gilt nur die Befristung der Zahlung über den Zeitpunkt hinaus, in dem der Gast die Gast- oder Schankwirtschaft verläßt.

(3.) Die Vorschrift des Abs. 1 findet auf Forderungen aus dem Ausschank in einer Gastwirtschaft an die zur Beherbergung aufgenommenen Gäste und auf Forderungen aus dem Ausschank von Branntwein, der üblicherweise als Zubehör zu Mahlzeiten verabfolgt wird, keine Anwendung.

Ob diese Formulierung besser ist als die Vorhergenannte, möchte ich im Augenblick nicht untersuchen. Jedenfalls wurde sie mit großer Mehrheit, bei nur drei Stimmenthaltungen, angenommen, und zwar mit den Stimmen der Wirtschaftspartei.

Das ist immerhin ein Erfolg. Wir wollen ihn jedoch nicht überschätzen. Von mehreren Seiten wurde zum Ausdruck gebracht, daß man wegen der gebilligten Tendenz zunächst zustimmen oder sich der Stimme enthalten wolle; daß man sich aber eine weitere Prüfung und die endgültige Stellungnahme bis zur zweiten Lesung im Plenum vorbehalten müsse.

Dieser Vorbehalt ist gegenüber einer immerhin bedeutsamen Bestimmung, die neue Wege einschlägt, gewiß nicht unberechtigt. Hoffen wir nur, daß der von vielen Seiten bekundete gute Wille durch den Ansturm, der nun natürlich inszeniert werden wird, sich nicht auf das Gebiet der reinen Theorie und der platonischen Erklärungen zurückdrängen läßt!

In ernster Stunde.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen den Zweck haben, etwas zu unterrichten über das Wollen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Aus den Kreisen dieser Partei (der Aufwärts scheint dort auch eine ganze Anzahl Leser zu haben) war es schon sehr beklagt worden, daß noch keinmal etwas Aufklärendes über das Programm dieser Partei gesagt worden sei. So mag denn einer unserer Mitarbeiter hier einmal zu Worte kommen. Wir nehmen an, daß es manchen Lesern erwünscht sein wird, die Hauptprogrammpunkte der National-Sozialisten kennenzulernen. Daß nicht jedes Wort gefaßt ist nach unserm Wunsch, damit finden wir uns ab, wie wir das auch in vielen anderen Fällen tun müssen.

Die Schriftleitung.

Wenn ernste Stunden und erschütternde Ereignisse über einen einzelnen Menschen oder über ein Volk hereinbrechen, so ist es von außerordentlicher Bedeutung, ob der betreffende Mensch oder das Volk vorbereitet von dieser Stunde oder Ereignissen angetroffen wird, oder ob das Ernste, Umstürzende den Einzelnen oder die Masse überraschend, unvorbereitet, nichtsahnend überfällt. Davon hängt alles ab, ob die plötzlich über uns kommenden Geschehnisse von uns beherrscht werden können, oder ob sie uns überraschen und mit einer Katastrophe enden.

So ist für das deutsche Volk der unselige 9. November 1918 zu einer Katastrophe geworden mit all den bekannten unheimlichen Folgen, Elend und Unglück, weil wir unvorbereitet überrascht wurden, während andererseits eine oder zwei königstreue Kompagnien mit einem beherzten und vorbereiteten Führer in Berlin der ganzen Revolution ein schnelles Ende bereitet hätten.

Handelte es sich damals um eine sozialdemokratische Revolution, so stehen wir heute dicht vor einer bolschewistischen Revolution. Jedenfalls ist es nicht wahrscheinlich, daß das Jahr 1930 ohne große Erschütterungen zu Ende geht. Der treue Gott, von uns oft vergessen, sei uns gnädig, wir aber seien vorbereitet. Soweit die deutsche Wirtschaft anscheinend noch blüht, hat sie sich durch Borgen über Wasser gehalten, das Großkapital immer ausgenommen, worunter der linksorientierte Arbeiter leider seine Arbeitgeber, wir aber Großbanken, Truste, internationales Leihkapital verstehen. So ist es gang und gäbe geworden, daß der Bürger bei seinem Kaufmann und Händler borgt, soweit das irgend möglich ist. Der Ladeninhaber und Händler ist wieder gezwungen, bei seinem Lieferanten (Großhändler) zu borgen, weil eben fast kein Geld bei ihm eingeht und sein Gewinn immer geringer wird, der Großhandel muß wieder aus demselben Grund beim Fabrikanten borgen. So hat man sich durch allgemeines Pumpen mit Wechseln usw. einige Jahre durchgehalten, die Schulden sind nach und nach immer größer geworden, schließlich haben wir jetzt wohl den Punkt erreicht, wo der Faden keine weitere Anspannung mehr zuläßt, er muß reißen, wir stehen vor Katastrophen. Da bei der traurigen Finanzwirtschaft in Deutschland keine Besserung eintritt und eintreten kann, so sind wir allem Anschein nach jetzt an der Schnittfläche angelangt, wo eine Steigerung und ein längeres Hinausziehen nicht mehr möglich ist und die Folgen werden sich in der Mehrung, ja Häufung geschäftlicher Zusammenbrüche zeigen (einer zieht ja den andern nach), und damit natürlich Steigerung der Arbeitslosigkeit, Not und Elend und nicht davon zu trennende Mehrung verbissener Wut und Verbitterung gegen alle, welche noch zu essen und einen besseren Rock anhaben. Wer nicht ganz weltfremd ist, weiß, wie leicht die Masse zu allem fähig ist, wenn sie bis zu diesem Punkt gelangt ist. Hunger tut weh, und Schmerz treibt zu Verzweiflungstaten. Dazu kommt nun die Agitation kommunistischer und bolschewistischer „Führer". Kommunismus und Bolschewismus ist eins und hat sich zum obersten Ziel die Eroberung der Welt gesetzt. Europa ist das nächste Ziel und Deutschland durch seine Nachbarschaft sowohl als wie durch seine Bereitschaft die erste Etappe. Und wie Deutschland vorbereitet ist, den russischen Bolschewismus zu empfangen und zu unterstützen, ahnen die wenigsten unter uns. Vor mir liegt eine Zeitung neuesten Datums, in welcher die Telegramme (nach der „Roten Fahne") zusammengestellt sind, welche das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands anläßlich des 12. Jahrestages der Gründung der Roten Armee (in Rußland) mit dieser gewechselt hat. Nur drei Sätze daraus mögen sich die Leser gefallen lassen: Die Kommunistische Partei Deutschlands begrüßt ihre Division der siegreichen roten Armee mit begeistertem Stolz. Das internationale Proletariat fühlt sich eins mit den roten Soldaten der Sowjetunion in Kampf und Sieg. Im entscheidenden Augenblick wird es im Herzen und im Rücken der imperialistischen Armee seine revolutionäre Pflicht erfüllen, nach dem weltgeschichtlichen Vorbild der ruhmreichen Roten Armee!"

Wenn weiter aus dem Telegrammwechsel hervorgeht, daß ein Mitglied der Redaktion der „Roten Fahne" dem 20. Kavallerie-Regiment in Leningrad angehört, und die „Rote Fahne" meldet, sie „fühlt sich eins mit der Roten Armee, eins mit Euch!", also die deutschen Kommunisten vollständig eins mit der russischen bolschewistischen Roten Armee, bereit, sie mit der Tat in jeder Weise zu unterstützen, so kennzeichnet dieses genug.

In Rußland selbst sind die Zustände soweit gediehen, daß der Zusammenbruch bald zu erwarten ist. Sind die bisherigen Berichte über die wirtschaftlichen Zustände in der Räteunion auch ziemlich widersprechend, so erhält man ein ziemlich klares und zuverlässiges Bild aus den Berichten der führenden Moskauer Zeitungen, welche der „Deutsche Vorwärts" in dankenswerter Weise zusammengestellt hat. Die Berichte stammen aus den verschiedensten Gegenden des großen russischen Reiches, sind alle neuesten Datums (Januar 1930 und die Original-Zeitungen, welchen die Berichte entnommen sind, stehen dem „Deutschen Vorwärts", wie er schreibt, zur Verfügung u. können jederzeit eingesehen werden. Schade, daß nicht alle von der genannten Zeitung gebrachten Berichte hier Raum finden können, sondern nur Stichproben wie: „Auch nicht ein einziger Trust hat das vorgesehene Programm erfüllt." „Wirtschaftliche Planlosigkeit. Niedrige Arbeitsleistung." „Beschaffung von Ersatzteilen für die Traktoren ist nicht möglich. Aber auch mit dem Inventar ist es böse bestellt. Statt 300 erforderlicher Eggen nur 30!" „In der Holzbereitstellung wurde nur der 10. Teil (!) des vorgesehenen Planes ausgeführt." „Ganz unmögliche Zustände. Erfüllung der Pläne unmöglich. Die gelieferten Beile biegen sich beim ersten Hieb oder

zerbrechen gar. Von 169 Traktoren arbeiten nur 25!" „Das erste Quartal schloß miserabel ab. Förmlich katastrophal ist es mit der Qualität der Produktion bestellt." „Wie arbeitet die Fabrik? Sehr schlecht. Um die Fabrik nicht stillzulegen, verwendet man Eisen statt Stahl." So und ähnlich wiederholen sich die Berichte. „Von 18 000 defekten Traktoren sind nur 2 000 repariert worden." Eine Revisionskommission in der Textilfabrik „Avangard" stellt fest, daß 75 Prozent der Produktion unbrauchbar war. Ueberall fehlt es an Saatgetreide und Dünger. In Weißrußland sind nur 10 Prozent des erforderlichen Saatgetreides bereitgestellt. — Im Nordkaukasus 9,7 Prozent, in Sibirien nur 11 Prozent. Aus der Moskauer Abendzeitung vom 4. 2. 30: „Es gibt in unserm Wirtschaftsleben wohl kaum einen andern Zweig, der so chaotisch und planlos wie die Volksernährung geleitet, bezw. durchgeführt wird." Wenn die russischen Zeitungen derartige Berichte wiedergeben dürfen, so muß es schlimm bestellt und die Wahrheit nicht mehr zu verbergen sein. Rußland hat in der Vergangenheit immer dann einen Krieg geführt, wenn die Zustände im Lande unhaltbar waren. Brotkarten und ähnliche Einteilungs- und Sparmaßnahmen bestehen bereits. Nach den Berichten wird die Ernährungsmöglichkeit der Massen in Zukunft fast unmöglich. Gelingt es den deutschen Kommunisten hier im Lande, Unruhen oder Aufruhr zu wecken, und an Beweisen fehlt es nicht, daß Vorbereitungen dazu getroffen sind, so ist wohl mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß die Rote Armee den deutschen „Brüdern" zu Hilfe kommt. Auch der Hunger wird Soldaten und Zivilisten über die Grenze treiben. Was aber dann?

Ich habe die Möglichkeiten der Zukunft so ausführlich geschildert, um von der drohenden Gefahr möglichst zu überzeugen. Ohne Prophet sein zu wollen, bin ich v. dem Kommen großer Erschütterungen überzeugt. Was ist aber zu tun? In Deutschland selbst müßte durch grundlegende Aenderungen den Aufruhrmöglichkeiten der Boden entzogen werden. Vorsorge ist zu treffen, daß der Versuch einer Revolution von links unsere derzeitigen Machthaber nicht unvorbereitet trifft. Die Regierung müßte sich umstellen oder entsprechend erneuern.

Was können wir als einfache Bürger dabei tun? Nun wir haben nur die Macht des Stimmzettels. Klein, aber doch nicht zu unterschätzen, wenn richtig angewandt. Es ist nicht sehr unwahrscheinlich, daß wir vielleicht schon in allernächster Zeit unsere „Macht" wieder einmal ausüben müssen. Dann stehen wir wieder vor der Frage: Welches ist der richtige Stimmzettel oder das „kleinste Uebel"? Inzwischen sind ja nun eine Anzahl neuer Parteien entstanden und vielen Christen wird durch den erstandenen „Christl. Volksdienst" ihre Wahl bei der Wahl erleichtert. Immerhin muß jeder einz. Wähler so wie früher auch jetzt noch seine eigene persönliche Entscheidung treffen. Die ist bei der nächsten Wahl von größerer Bedeutung und verantwortungsvoller als je bisher.

Nun hat ja bisher der „Aufwärts" in anerkennenswerter Weise die verschiedenen Parteien reichlich zu Worte kommen lassen, von welchen man annehmen konnte, daß sie für die Aufwärtsleser in Frage kommen bezw. von Interesse und Bedeutung sind. Allerdings mit einer Ausnahme. Die Gründe für diese Ausnahme sind mir nicht bekannt, ich sehe es aber als eine Pflicht meinerseits an, darauf hinzuweisen, wie ich es für eine Pflicht des „Aufwärts" halte und es für einen Dienst an den Lesern des „Aufwärts" erachte, wenn dieselben etwas mit einer aufstrebenden vaterländischen Bewegung bekannt gemacht werden, welche allem Anschein nach nicht nur eine große Zukunft, sondern auch eine noch größere Bedeutung für unser Vaterland zu haben scheint. Ich meine die von Adolf Hitler geführte „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei."

(Fortsetzung folgt.)

Noch mehr Steuern?!

Es ist unerhört — — weshalb sollen wir gerade daran glauben? — — es gibt doch noch so viele andere — —. Solche und viele ähnliche Klagelieder, teils berechtigt, teils aus Entrüstung heraus gehen jetzt in dem armen Deutschland von Mund zu Mund. Dabei wollen wir nicht noch von Abbau und Arbeitslosigkeit sprechen. Freilich, alle diese Dinge gehören zu einer großen Symphonie des Elends unserer Tage. Es bleibt nur die eine Frage, an welcher Stelle dieses wirtschaftlich-sozialen Spieles wir jetzt angelangt sind. Ist das Fortissimo erreicht? Ich glaube, es wird jetzt erst das Crescendo gespielt.

Wir wollen an dieser Stelle nicht rechten für diese oder jene Steuer, die mit der Steuerreform und indirekten Finanznot des Reiches zusammenhängt. Vielmehr sollen hier Tatsachen sprechen. Es handelt sich dabei um eine gesetzlich vorgesehenen Erhöhung der Biersteuer. Sie ist noch nicht entschieden, da der Reichstag noch verhandelt über die Annahme des neuen Planes. Jedoch ist man keineswegs müßig in dieser Zwischenzeit der Steuerberatung: man erhitzt sich gegenseitig die Gemüter ohne Alkohol um den Alkohol! Die Beratungen des Gaststättengesetzes halten zur Zeit die Gemüter in Aufregung. Denn von gewohnter Seite aus fürchtet man auch in Deutschland eine allmähliche Trockenlegung. In Wirklichkeit ist die Vorlage harmlos und selbstverständlich. Die Beratungen zeugen von einer erstaunlichen Weitherzigkeit der Sachverständigen im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages. Um sich aber selbst, rein sachlich, ein Bild zu machen von der Lage der deutschen Alkoholindustrie, muß man die Geschäftsausweise dieser Bierfabriken studieren. Es seien hier nur wenige Zahlen genannt, da wir in einem späteren Artikel diese Zahlen noch vermehren und deshalb dort noch ausführlicher bringen werden. Zwei Dortmunder Brauereien haben unlängst ihre Geschäftsberichte herausgegeben: die Hansabrauerei und die Ritterbrauerei.

Während die Hansabrauerei eine Rückstellung von 200 000 Mark in Vorschlag brachte und eine Dividende von 15 Prozent verteilte bei einem Reingewinn von 996 452 Mark, gibt die mit ihr verbundene Glückauf-Brauerei in Gelsenkirchen bei einem um die Hälfte geringeren Reingewinn (444 300 Mark) „nur" 10 Prozent Dividende an. Dabei verhält sich das Aktienkapital beider Unternehmen wie 4,2 zu 2,9 Millionen Mark.: die Dividende bei der Glückaufbrauerei wurde nach dem Interessengemeinschaftsvertrag verteilt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß ermäßigte Abschreibungen gemacht werden konnten. Denn es handelt sich um einen gemeinschaftlichen Betrieb. Die Bruttogewinne verhielten sich nach Abschreibungen wie 1,54 Millionen zu 629 000 Mark. Jedenfalls hatten beide Brauereien höhere Erträge als 1928 und stellen somit vollkommen gesunde und tragfähige Unternehmen dar, die heute ihresgleichen suchen können.

In viel höherem Maße gilt das noch von der Ritterbrauerei in Dortmund. Sie gibt einen Ausschank von 0,5 Millionen Hektoliter an und verteilt eine Dividende von 20 Prozent. Nebenbei hat sie noch ihr Neubauprogramm zu einem Abschluß gebracht und hofft nun auf gleich gute geldliche Ergebnisse im laufenden Jahr.

Ich hätte Gelegenheit genug, hier noch ähnliche recht befriedigende Ergebnisse mitzuteilen. Ebenso könnten aus den anderen Industriezweigen genügend Gegenbeispiele angeführt werden. Aber wir kennen allgemein die wirtschaftlichen Nöte. Sie erheischen in den meisten Gewerben wieder zur Regel werdene Stillegungen.

Wird man aber gerade in der Alkoholindustrie mehr Steuern ertragen können? Wir reden nicht einem Alkoholverbot in weiterem Sinne das Wort. Wir wünschen auch nicht, daß von den 31 Paragraphen des Gaststättengesetzes etwas gestrichen wird. Wir wissen, daß neben diesem Entwurf nur noch eine andere und einzige Möglichkeit der Einschränkung vorerst des Alkoholmißbrauches existiert: die Besteuerung. Und wir beantworten trotz großzügigen Appells der Dortm. Brauereien (Massenbesteuerung usw.) im Anzeigenteil der größten westd. Tageszeitung vom 22. 2. die oben gestellte Gewissensfrage mit der einzigen Antwort, die wir nach den glänzenden Ergebnissen der letzten Jahre in der Alkoholindustrie nur geben können: Mehr Steuern . . . . mehr Dividende!!

Dr. Dr.

Zur Finanzfrage.

In Wuppertal-Sonnborn fand am verflossenen Sonntag eine interessante Versammlung der „Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Verbände von Wuppertal-Sonnborn" statt, in der das Thema behandelt wurde: „Deutschlands Rettung oder das Erbe der Enterbten".

Der Redner ging aus von der schweren Lage Deutschlands in religiöser, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung und schilderte die Gegensätze, die auf den verschiedensten Gebieten eine wirkliche Volksgemeinschaft nicht zustande kommen ließen und das Volk in zwei Lager spalte, in „Marxisten" und „Antimarxisten", oder, was beinahe das Gleiche sei, Besitzende und Besitzlose, bezw. Enterbte.

Dazwischen steht die schmale Schicht der Christlich nationalen, die sich im geistigen Bunde mit den „Volksnationalen" um die Aufrichtung einer wirklichen Volksgemeinschaft bemühten.

Er schilderte dann die Enterbung der zweiten und dritten Bauernsöhne, die als „Landlose" in die Stadt gezogen und zu Proletariern, zu besitzlosen Stadtbewohnern geworden seien, die den Kulturdünger der Großstadt bilden. Als Forderung formulierte er die Rücksiedlung, jedoch nicht aufs Land, sondern in Kleinstädte unter 10 000 Einwohner, wo den Siedlern ein Mindesterbe von einem Morgen mit Holzhaus auf dem Wege über die „Arbeitsdienstpflicht" zuteil werde.

Die Mittel zu diesem Wege will er aufbringen durch die Rationalisierung der augenblicklichen Staatsverwaltung, an die er radikale Forderungen richtete und deren unwirtschaftliches und verschwenderisches Verhalten er in der schärfsten Form kritisierte (ganz besonders die Großstadtverwaltungen!!). Ebenso scharf ging er mit den gleichen Sünden im privaten Leben ins Gericht.

Im Anschluß an den Vortrag fand eine außerordentlich rege und sachliche Aussprache statt, an der sich Angehörige der verschiedensten Stände beteiligten. Zum

Der Riese.

In letzter Zeit ist in den Aussprachen über Pazifismus, Kriegsschuld- und Wehrfragen auch der Lusitaniafall verschiedentlich erwähnt worden. Vom Verfasser wird uns die nachfolgende Skizze gesandt, die damals geschrieben und verboten war. Sie erinnert uns noch einmal an jene schwere Zeit, wo es galt, alle Kräfte einzusetzen, um das Schicksal des Besiegten von Deutschland abzuwehren.

Noch lasten dunkle nächtliche Schatten über der See. Die Küste, nur wenige Meilen entfernt, zeigt kein Licht. Schwarz und unheimlich schiebt sie sich von Norden heran. Allmählich färbt sich der Himmel in der Richtung des St. Georgskanals; und zugleich legen sich wallende Nebel vors Auge und tauchen die träge flutenden Wogen in milchigen Dunst. Je näher der Tag, desto dichter wird der Schleier. Eintönig brechen sich die Wellen; kaum daß der einsame Schrei einer Möve, gedämpft durch den Nebel, die Stille stört. Doch je heller es wird, desto mehr geraten die Nebel in Bewegung unter der Brise, die in schwachen Stößen von Osten her einsetzt.

Der Vorhang reißt, wie von unsichtbarer Hand gefaßt. Tiefhängende Wolken ziehen unheilverkündend westwärts, blutrot gerändert von der unsichtbaren Sonne. Noch spiegeln die Wogen nichts wieder von dem Glanz des steigenden Morgens. Wie dunkler Samt wallt die See.

Da hebt sich langsam und lautlos aus der bergenden Tiefe, scharf umrissen vom jungen Licht, ein starres Rohr. Sekunden später ein dunkler Turm. Zugleich gischtet es auf, dreißig Meter weiter nach recht. Ein scharfer Bug steigt schräg herauf, sicher und still. Nun beginnen die Wellen vernehmlich zu reden und gleiten brodelnd und gurgelnd zurück zu den Geschwistern vom Rücken des Bootes herunter, das schlank und niedrig leise aus den Wellen stieg, ein dunkler Schatten über dunkler Tiefe. Der Turmdeckel klappt hoch. Aus dem Schacht herauf steigen gespenstige Männergestalten, richten die Masten, die prall an Deck gelegt waren, auf, damit ihre feinen Drähte hinhören können über Meilen und lauschen.

Manch einer, der der Luke entsteigt, atmet hoch auf in der freien Luft, schon pumpen die Ventilatoren ins nächtliche Gefängnis hinunter, Labsal für die fastenden Lungen, salzfrischen Morgenhauch. Die ganze Nacht haben sie unten geruht, mit ihrem Boot auf den Grund gebettet. Nun sind sie frisch zur Tat. Dämmernder Tag, was glühst du so rot?!

In wenigen Minuten ist das Boot klar zur Ueberwasserfahrt. Knatternd springen die Motore an. Schon wirft der Bug die Wellen zur Seite, langsam dreht U 20 nach Südwesten. Hinter ihm hebt sich die Sonne über die Wogenkämme in dunstverschleierter düsterer Glut, ein Riesenball in der Strahlenbrechung des Horizontes. Kein blitzender Strahl, kein leuchtendes Glänzen umspielt das enteilende Boot. Wie in Blut getaucht glüht der Himmel. Immer mehr greift es hinüber, das düstere Flammen, läuft dem Boot westwärts voraus und streut in die sich brechenden Wogen rubinrotes Funkeln hinein.

*

Das Leben an Bord geht seinen gewohnten Gang. Wieder ein weiterer Tag auf der Pirsch nach Truppentransporten aus Richtung Liverpool, Bristolkanal und Dartmouth, um derentwillen der F. d. U. das Boot entsandt mitsammen dem weiter südöstlich stehenden U 27. „Stationen auf schnellstem Wege um Schottland aufsuchen, innehalten, solange Vorräte gestatten," hatte der Befehl gelautet.

Er war ausgeführt, die Vortage sehr ergiebig gewesen. Die Morgenstunden des 7. Mai, an dem ständig Nebel und Sonne am Ringen bleiben, werden dazu benutzt, um die E-Maschinen wieder aufzuladen während der Ueberwasserfahrt.

Im schallsicher gegen Maschinenraum und Zentrale abgedichteten F.-T.-Raum schaltet der Funker seinen Empfänger auf die Wellenlängen der wichtigsten erreichbaren Landstationen ein. Admiralstab, Hochseeflotte. Und dann die englischen. Von dort um diese Zeit besonders Pressenachrichten hörbar. Auch Amerika meldet sich, neutrales Ausland. Immer allerlei zu erfahren.

Ein ganzes Bündel Funksprüche gibt ein Läufer nach einer geraumen Weile dem Kommandanten an Deck hinauf. Der jugendliche Kapitänleutnant überfliegt den Inhalt und steht bald am Turm im Gedankenaustausch mit seinem Wachoffizier. Der Rudergänger, der die Koppelung des Steuers bedient, hört in der brisenlosen Stille fast jedes Wort.

„Der englische Pressedienst höhnt noch immer über die Warnungen Bernstorffs, nicht auf der „Lusitania" überzufahren. Cunard Linie hat sogar Prämien ausgesetzt für jeden Fahrgast, der der Warnung trotzt." —

„Und das Neuyorker Hafenamt?" —

„Schweigt natürlich, obwohl es die Ausfahrt des Riesen verhindern müßte." —

„Weil er seit Kriegsbeginn ein englischer Hilfskreuzer ist?!" —

„Nicht nur deshalb, sondern weil die U.S.A. durch Landesgesetz jedes Befördern von Passagieren auf Schiffen, die Sprengstoffe an Bord haben, ausdrücklich verbieten." —

„Davon schweigt der Sänger Höflichkeit." —

„Schweigt und bestreitet die Ladung." —

„Die wir kennen?" —

„Allerdings; hier . . . ein neuer Funkspruch von drüben über R.M.A. aufgenommen: In Lusitanialadung einwandfrei festgestellt 220 Zentner Pulver, 5000 Kisten Munition." —

„Allerhand, aber sie sind gewarnt." —

Der Kommandant erwidert eine Weile nichts.

Eintönig hämmert der Auspuff der Motore in die Stille der weiten Wogen, die sich in unmerklicher Dünung hoben und senkten. Der W.O. nahm das Glas von den Augen. Nichts auszumachen bei der Dieſigkeit der Luft. Der Kommandant stand in einem ihm sonst fremden Sinnen an den Wellenbrecher des Turmes gelehnt. Und griff das Gespräch wieder auf:

„Daß ich den Kameraden, der den Schuß auf die Lusitania tun muß, beneide, kann ich nicht behaupten." —

„Aber der Riese muß in den Grund." —

Freilich muß er; nur: ob's klug ist? Die Feindwelt braucht neue „Hunnengreuel" für ihre Propaganda." —

„Der Riese trägt den Tod für Tausende in Flandern."

„Und das Leben von fast zweitausend Menschen, Frauen darunter und Kinder! Unbeteiligte am Krieg." —

„Und die Blockade bedroht Millionen mit Hunger und Siechtum, Frauen darunter, deutsche und Kinder . . . Unbeteiligte am Krieg!" —

„Ein harter Ring, Freund, in dem wir uns drehen."

„Härte gerade kann Menschlichkeit sein. Der alte Moltke wußte, was er sagte: „Der den Krieg am rücksichtslosesten führt, führt ihn zugleich am menschlichsten!""

Scharf spannten sich die Züge des Kommandanten. Mit einer Geste wie ein Schwerthieb schnitt er das Wägen entzwei. „Wenn die Pflicht da ist, wird sie doch zum Riesen, der den Ring aller Bedenken sprengt." — — —

(Schluß folgt.)

Schluß wurden zwei Entschließungen angenommen. Die erste forderte die politischen Richtungen der „Volksnationalen", der „Volkskonservativen" und „Christlichsozialen" zum sofortigen Zusammenschluß auf.

Die zweite forderte energische Finanzreform in dem Sinne, daß zu Opfern alle die herangezogen werden, die über feste Einkommen verfügen. Durch Arbeitsdienstpflicht sollen Wohnungen und Siedlungen geschaffen werden. Der Zuzug in die Großstädte soll unterbunden und in Kleinstädten ein Wirtschaftsleben geschaffen werden, das auch den Enterbten wieder eine Existenz bietet.

Reichsrat billigt Steuervorlagen

Erhöhung der Biersteuer gegen die Stimmen Bayerns beschlossen. — Weiterleitung der Vorlagen an den Reichstag.

— Berlin, 17. März.

Der Reichsrat hielt in Berlin eine neue Plenarsitzung ab, deren wichtigstes Ergebnis die Verabschiedung der Finanz- und Steuervorlagen der Reichsregierung und die Weiterleitung dieser Entwürfe an den Reichstag war. Der Reichstag wird sich am kommenden Dienstag in erster Lesung mit den Vorlagen beschäftigen. Eine Einigung der Parteien über das Finanzprogramm steht bekanntlich noch aus.

Abgesehen von den Steuergesetzen verabschiedete der Reichsrat noch den deutsch-türkischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag sowie das vom Reichstag bereits angenommene Gesetz über die Amtsdauer der Arbeitsgerichtsbeisitzer.

Die Einführung eines Benzolzolls von 10 Mark und die Erhöhung des Benzinzolls von 6 auf 10 Mark wurde gegen die Stimmen Thüringens genehmigt. Die Reichsregierung erklärte dabei, sie werde die durch die Erhöhung des Benzinzolls sich ergebende Mehrbelastung des Flugwesens im Haushalt berücksichtigen.

Ein Antrag der bayrischen Regierung, von der Biersteuererhöhung abzusehen und dafür die Umsatzsteuer von ¾ auf 1 v. H. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Danach wurde die Biersteuererhöhung gegen die bayrischen Stimmen genehmigt. Eine Abänderung hat die Vorlage inzwischen insofern erfahren, als die Ausschüsse des Reichsrats mit Zustimmung der Reichsregierung eine den Wünschen der Brauindustrie entsprechende Aenderung der Staffelung vorgenommen haben. Ausländische Biere werden nach der höchsten Staffelung besteuert.

Die Vorlage zur Aenderung der Tabaksteuer, die durch Verkürzung der Zahlungsfristen und durch Aufhebung der Tabaksteuerlager 32 Millionen Mark erbringen soll, wurde mit der Aenderung, daß die Lager erst am 1. Oktober 1931 aufgehoben werden, gegen die Stimmen der Länder Baden, Hessen, Thüringen und Bremen genehmigt. Der Aenderung der Zuckersteuer, die durch Verkürzung der Lagerfrist und Aufhebung der Steuerlager 9 Millionen einbringen soll, wurde gegen den Widerspruch Thüringens zugestimmt.

Gleichfalls genehmigt wurde die Ueberweisung von 50 Millionen aus der Industriebelastung 1930 an die Reichskasse. Bei dem Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer wurde mit 33 gegen 32 Stimmen ein bayrischer Antrag angenommen, der den Zuschlag nicht, wie die Regierungsvorlage wollte, auf 10 Prozent bemißt. Die Reichsregierung behielt sich hier die Einbringung einer Doppelvorlage vor.

Zum Schluß verabschiedete der Reichsrat auch noch die Vorlage über die Mineralwassersteuer, von der ein Erlös von 40 Millionen Mark erhofft wird, die den Ländern zufließen sollen. Gegen diese Vorlage stimmte lediglich Thüringen. Ausländische Mineralwässer werden nach einer Erklärung der Reichsregierung den inländischen steuerlich gleichgestellt.

Inkraftsetzung am 1. April.

Damit sind die Finanz- und Steuergesetze für den Reichstag beratungsreif geworden. Nach den Plänen der Reichsregierung sollen die Gesetze bereits zum 1. April in Kraft treten. Es verbleibt also für die Beratungen im Reichstag nur noch eine äußerst kurz bemessene Frist, innerhalb der sich Regierung und Parteien verständigen müssen. Vorerst bestehen aber noch erhebliche Gegensätze.

Eine kurze Reichstagssitzung.

Abschluß der Beratung des Republikschutzgesetzes.

— Berlin, den 15. März 1930.

Die heutige Sitzung des Reichstags war nur von kurzer Dauer; sie galt der Beendigung der dritten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Die Abstimmungen erfolgen am Dienstag. Zum Schluß verabschiedete der Reichstag noch in zweiter und dritter Lesung — also endgültig — die Novelle zum Scheckgesetz und zum Wechselsteuergesetz, deren Zweck vor allem ist, der mißbräuchlichen Vordatierung von Schecks entgegenzutreten. Endgültig verabschiedet werde ferner ein Gesetzentwurf über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens, der die Bestimmung der Vorkriegszeit wieder herstellt, nach der bei Zahlungsunfähigkeit das Konkursverfahren eröffnet werden muß.

In der Schlußdebatte über das Republikschutzgesetz äußerte Abg. **Geschke** (Komm.), zwischen dem alten Sozialistengesetz und dem neuen Republikschutzgesetz bestehe kein Unterschied. Abg. Dr. **Everling** (Dntl.) warf der Linken Haß gegen die Vergangenheit vor; bei den übrigen Parteien sei die Stellung zum Republikschutzgesetz durch ihre Koalitionsgebundenheit zu erklären. Die Jugend habe für diese Methoden kein Verständnis; durch Gesetze wie das Republikschutzgesetz werde die Opposition nur zusammengehämmert. Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.) erklärte, die gegenwärtige Republik sei kein starker, sozialer Volksstaat; was seine Partei hasse, das seien die Auswüchse des jetzigen Systems. Von nationalsozialistischer Zersetzungsarbeit in der Reichswehr könne keine Rede sein. Abg. **Stöcker** (Komm.), der als letzter Redner das Wort nahm, kündigte die Erkämpfung der deutschen Sowjetrepublik an.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung steht die dritte Lesung des Ministerpensionsgesetzes und die Beratung der Vorlage über den Ausbau der Angestelltenversicherung.

Moldenhauers Finanzprogramm

Ersparnisse bei den Ländern und Gemeinden.

Auf dem Liebesmahl des vor 30 Jahren gegründeten „Ostasiatischen Vereins Hamburg-Bremen" hielt Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer eine programmatische Rede, in der er das Finanzprogramm der Reichsregierung entwickelte, das zwei große Aufgaben habe: die Sanierung der Finanzen und die Entlastung der unter dem ungeheuren Steuerdruck darniederliegenden Wirtschaft.

Der Minister ist beauftragt, mit dem Sparkommissar ein Sparprogramm aufzustellen. Er bereitet, wiederum im Auftrage der Reichsregierung,

ein Ausgabensenkungsgesetz

vor, das auf allen Gebieten, wo Ersparnisse nötig erscheinen, solche vorsehen soll. Auch die Länder und Gemeinden müssen vor dieselbe Aufgabe gestellt werden. Darüber hinaus sah bereits das Finanzprogramm der Regierung vom Dezember vorigen Jahres vor, daß die Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden und Gemeindeverbände durch Vorschriften über die Genehmigung von Anleihen und Krediten und durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfungen durch eine von den Gemeinden unabhängige Stelle vorgenommen werden sollte.

Eine Vorlage über die Kreditgebarung

hat der Finanzminister bereits der Reichsregierung unterbreitet. Es sei ausgeschlossen, so betonte der Minister, daß jetzt nach Annahme des Youngplanes jede Gemeinde für sich an den Geldmarkt des In- und Auslandes herangehe. Das Finanzprogramm der Reichsregierung sah vor, daß ein beweglicher Faktor, durch den unter Berücksichtigung sozialer Notwendigkeiten alle Gemeindebürger zu den Lasten der Gemeinde herangezogen werden, in das Gemeindefinanzsystem eingebaut und eine Relation zwischen diesem Faktor und der Höhe der Realsteuern festgelegt werden sollte.

Die Notwendigkeit der Kassensanierung macht eine Steuersenkung in diesem Jahre unmöglich. Aber sie gibt den Weg frei für eine solche im nächsten Jahr. Diese Steuersenkung muß die Realsteuern und die Einkommensteuern in erster Linie treffen. Die Reichsregierung hat für 1931 eine Steuersenkung mindestens um den Betrag von 600 Millionen vorgesehen.

Entsprechende Gesetzentwürfe sind eingebracht oder in Vorbereitung, die schon jetzt eine Senkung festlegen sollen.

Der Volkstrauertag im Reich.

Die Gedenkfeier, die der Volksbund deutscher Kriegsgräber-Fürsorge im Reichstag abhielt, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung des Volkstrauertages. Der Plenarsitzungssaal war festlich geschmückt. Die Stirnwand des Saales und Estrade waren schwarz verkleidet. Vor der Rednertribüne waren zwei riesige Lorbeerkränze mit schwarzrotgoldenen Schleifen niedergelegt. Punkt 12 Uhr erschien Reichspräsident von Hindenburg, begleitet von Reichsminister Severing und den Vizepräsidenten des Reichstages Esser und von Kardorff sowie den Chefs der Heeres- und Marineleitung. Unter den Anwesenden bemerkte man den Präsidenten des Volksbundes, Minister a. D. Dr. Geßler, die Vertreter der Kirchenbehörden, darunter den neuen Bischof von Berlin, Vertreter der Landesregierungen und der Parlamente. Hinter der Rednertribüne hatten Fahnenabordnungen der Reichswehr Aufstellung genommen, während die Vertreter sämtlicher studentischen Korporationen in vollem Wichs und mit Fahnen einen Kreis um den ganzen Saal bildeten.

Nach einer musikalischen Darbietung führte Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Kahl u. a. aus:

Wir gedenken der Toten mit der starken Stimmung und Entschlossenheit heiligen Opfermutes und unerschütterlichen Glaubens an eine deutsche Zukunft. Der Volkstrauertag ist

ein Totenfest des deutschen Volkes.

Von zwei Millionen deutscher Kriegstoten ruhen nur 200 000 in deutscher Erde, während die übrigen in 38 Ländern und auf dem Meeresgrund verstreut sind. Uns alle bewegt heute die Frage, ob es unsere letzten Kriegstoten sein werden. Unter der Rückwirkung des Weltkrieges hat ein starkes Ringen um die Lösung der Kriegs- und Friedensfrage eingesetzt. Unleugbar stehen wir vor der Tatsache, daß eine Umstellung der Weltmeinung auf dieser Linie stattgefunden hat.

Der große Weltfriedensgedanke darf allerdings niemals herabsinken zur nationalen Würdelosigkeit. Keiner darf die große geschichtliche Vergangenheit des Volkes vergessen. Der Geist der Wehrfreudigkeit muß lebendig erhalten werden. Die innerlichste Kraft muß gelöst und gefestigt werden, die allein die einzige wahrhaftige Kriegsbereitschaft und Friedensbereitschaft ist.

„Ans Vaterland, ans teure, schließ' dich an". Erst in den jüngsten Tagen ist dieser Ruf an das deutsche Volk ergangen, der Ruf der Sammlung um das Vaterland.

Absichtlich sage ich nicht Sammlung um den Staat. In der Einstellung zum Staat mag manches uns trennen, in der Einstellung zum Vaterland darf uns nichts trennen.

An die Gedenkrede schloß sich ein Trommelwirbel, und während die Fahnen sich senkten, das Lied vom Kameraden. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes wurde die Gedenkfeier beendet.

Im Anschluß daran schritt der Reichspräsident vor dem Reichstag eine Ehrenkompagnie der Reichswehr ab.

Weitere Gedenkfeiern.

Der Berliner Stahlhelm hielt seine Gedenkfeier im Zirkus Busch ab. Hofprediger Richter-Reichhelm hielt die Gedenkrede, die in dem Gelöbnis gipfelte, ein neues Reich bauen zu helfen in innerer Verbundenheit. Der Führer des Landesverbandes Groß-Berlin, Major von Stephani, versprach den gefallenen Toten im Leben die Treue zu halten.

In der Gedenkfeier im Berliner Lehrervereinshaus sprach der katholische Studentenseelsorger Dr. Pinsk.

In vielen Städten und Gemeinden fanden ebenfalls erhebende Gedenkfeiern statt.

Die Pflicht der Jugend.

Die Antwort des Reichspräsidenten an die Jugendverbände.

Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten an den Reichspräsidenten am 18. Februar ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Youngplan und dem Polenvertrag die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident nunmehr die folgende Antwort erteilt, in der es u. a. heißt:

Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben auf die Toten von Langemarck berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die opfermutig für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei wird und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Mahnung, die die Toten von Langemarck für die deutsche Jugend bedeuten.

Für einen freien Osten.

Die deutschen Jugendbünde und studentischen Organisationen veranstalteten am Sonntag im ganzen Reich Kundgebungen gegen den Youngplan und den Polenvertrag. Eine Erklärung dieser Organisationen ging den fremden Botschaftern und Gesandten, den ausländischen Pressevertretern, den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung und den Reichstagsabgeordneten zu.

In einer Eingabe an den Reichspräsidenten heißt es, er möge die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens solange zurückstellen, bis das letzte verfassungsmäßige Mittel eines Volksentscheids über diese Frage zur Anwendung gekommen ist.

Weiter heißt es, daß dieser Schritt der Jugend keinerlei innenpolitischen oder parteipolitischen Beweggründen entspringe, sondern der Ueberzeugung, daß der Weg zur deutschen Freiheit einzig über einen freien Osten führen könne.

Botschaft an die Christenheit.

Die Führer der Stockholmer Weltkirchenkonferenz zur Religionsverfolgung in Rußland.

— Stockholm, 17. März.

Die Führer der Stockholmer Weltkirchenkonferenz, die Präsidenten des Oekumenischen Rates für praktisches Christentum, darunter der Präsident des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses D. Kapler, erlassen zu den Religionsverfolgungen in Rußland eine Botschaft an die Christenheit, in der es u. a. heißt:

Kraft unserer Verantwortung als Diener unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus und in Treue gegen die Prinzipien unserer Stockholmer Botschaft von 1925 erheben wir unsere Stimme zum Protest. Wir versichern die in ihren heiligsten Menschenrechten schwer Verletzten unseres tiefen Mitgefühls. Wir ermahnen unsere Glaubensgenossen in allen Landen, treuer noch als bisher sich mit den Bedrückten in Bitte, Gebet und Fürbitte zu vereinen und den allmächtigen und barmherzigen Gott anzuflehen, daß er den Bedrückten Kraft bis zum äußersten gebe, daß er der schweren Not unserer Brüder ein Ende mache, daß er durch die Wetterzeichen der Zeit uns alle aufrüttele zu neuer Buße für die Versäumnisse der Christenheit und zu neuem brüderlichen Dienst in der Nachfolge unseres Meisters.

Was den neuen Kurswechsel in Moskau betrifft, befürchtet man, daß es sich hierbei, soweit die Kirchenpolitik in Frage steht, nur um einen Bluff handelt. Es gewinnt nämlich den Anschein, als wenn die Zustimmung der Pfarrer zu den Kirchenschließungen auch jetzt noch nicht angeordnet worden ist. Die Vorschrift, daß die Mehrheit der Bevölkerung zustimmen muß, dürfte keinen grundlegenden Wandel bedeuten, weil die Sowjets ja bisher schon immer behauptet haben, die Kirchenschließungen erfolgen auf „Drängen der Mehrheit."

Ausbildung der Gewerbelehrer.

Der preußische Handelsminister über die geplanten Reformen.

— Berlin, den 15. März 1930.

Der Preußische Landtag behandelte heute vor der Weiterberatung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung den von den Kommunisten gegen den Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer eingebrachten Mißtrauensantrag. Die Abstimmungen wurden auf Mittwoch zurückgestellt.

In der Debatte über den kommunistischen Mißtrauensantrag begründete Abg. **Deter** (Komm.) den Antrag mit Mißständen in der Fürsorgeerziehung. Abg. **Wachenheim** (Soz.) verlangte grundlegende Aenderungen und die Entlassung des Direktors Straube von der Fürsorgeerziehungsanstalt Scheuen. Abg. **Wessel** (Ztr.) wünschte die Fürsorgeerziehung so ausgestaltet, daß sie vom Geiste der Verantwortung und wahrer Liebe für die erziehungsbedürftigen Menschen getragen sei.

In Fortsetzung der Etatsdebatte legte Handelsminister Dr. **Schreiber** eingehend dar, wie er durch seine Reformvorschläge zur Ausbildung der Gewerbelehrer erreichen wolle, daß die Praktiker, sowohl tüchtige Facharbeiter wie auch Meister, die Möglichkeit erhalten, Gewerbelehrer zu werden, ohne daß sie das Abiturium oder die Ausbildung als Volksschullehrer bereits hinter sich haben. An Hand von Zahlen führte der Minister den Nachweis, daß an den drei jetzt vorhandenen berufspädagogischen Instituten in Berlin, Frankfurt a. M. und Köln bereits jetzt die Entwickelung dahin gegangen sei, daß die Anwärter aus Lehrerkreisen zahlenmäßig immer geringer würden gegenüber den

Absolventen der Fachschulen bezw. den Meistern oder anderen Praktikern. Absolventen der höheren Fachschulen, die sich auch in der Praxis bewährt hätten, würden ohne besondere Prüfung zur Gewerbelehrer-Ausbildung zugelassen werden. Aber auch solche Praktiker, und zwar Meister wie begabte Facharbeiter, die die höhere Fachschule nicht besucht haben, sollen nach Ablegung einer Eignungsprüfung unter besonderer Berücksichtigung der persönlichen Reife, Lebenserfahrung und des fachlichen Könnens in den Stand gesetzt werden, Gewerbelehrer-Ausbildung zu erhalten. Besondere Kurse könnten auf diese Eignungsprüfung vorbereiten. Die Einordnung der Werktätigen in das Bildungswesen sei der wesentlichste Punkt der von ihm beabsichtigten Reform. Deshalb müsse man die Vorbedingung des Abiturientenexamens ausschließen. Die Gewerbelehrer würden in Anlehnung an die Hochschulen auch mit den Grundlagen der Volkswirtschaft, des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik vertraut zu machen sein. Die bisherigen Gewerbelehrerinnen-Seminare müßten, nachdem sie in diesem Jahre noch einmal Studierende aufnehmen, demnächst geschlossen werden. Davon würden natürlich die beteiligten Städte betroffen werden. Für die Studierenden bezw. ihre Eltern würden durch die Reform keine besonderen materiellen Schwierigkeiten entstehen.

Abg. Frau **Hanna** (Soz.) begrüßte die Reform der Gewerbelehrerausbildung, die eine Bresche in das bisherige Berechtigungswesen schlage. Nun könnten wenigstens auf diesem Gebiete tüchtige Arbeiter, die aus der Volksschule kommen, vollwertige Studenten werden.

Abg. Dr. **Dolezych** (Dntl.) war der Ansicht, daß man den Einfluß der weiblichen Lehrkräfte in den Berufsschulen noch nicht genügend berücksichtige. Der Zusammenschluß einzelner Dörfer zu einer Berufsschulgemeinschaft müßte gefördert werden.

Abg. Frau Dr. **Lauer** (Ztr.) begrüßte die Vereinheitlichung der Gewerbelehrerausbildung. Daß bei der Reform auch gegen das Berechtigungswesen Front gemacht werde, liege durchaus im Sinne des Zentrums.

Danach vertagte der Landtag die Weiterberatung auf Montag.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. März 1930.

— Der frühere spanische Diktator Primo de Rivera will sich in den nächsten Tagen nach Frankfurt a. M. begeben um einen Spezialisten für Zuckerkrankheit zu konsultieren.

*

:: **Geringer Ausfuhrüberschuß im Februar.** Die Ausfuhr im Februar beträgt 1026,3 Millionen Mark, die Einfuhr 981,6 Millionen Mark, so daß sich für Februar ein Ausfuhrüberschuß von 44,7 Millionen Mark ergibt. Der tatsächliche Ausfuhrüberschuß im Februar ist jedoch noch um fast 50 Millionen höher, da die Einfuhrzahl noch nachträgliche Zollabrechnungen für 1929 enthält. Tatsächlich ist die Handelsbilanz im Februar mit fast 100 Millionen Mark aktiv. Gegenüber dem Vormonat haben Ausfuhr und Einfuhr abgenommen, stärker jedoch die Einfuhr.

:: **Die Verhandlung der landwirtschaftlichen Sachverständigen** mit dem Reichsernährungsminister Dietrich-Baden werden am heutigen Montagabend wieder aufgenommen. Eine Einigung über die erforderlichen Notmaßnahmen wird noch für diese Woche erhofft.

Sprengstoffanschlag in Oldesloe.

Anbringung einer Höllenmaschine in dem Kohlenkeller. Die Zeitzündung versagte.

— Hamburg, 17. März.

Auf das Rathaus in Oldesloe wurde in nächtlicher Stunde ein Bombenanschlag versucht, der jedoch infolge eines Mangels in der Zeitzündung erfreulicherweise mißlang. Es handelt sich um eine Höllenmaschine, die durch ein Fenster in den Keller des Rathauses hinabgelassen worden war und dort in den Morgenstunden durch eine Reinemachefrau entdeckt wurde. Die sofort alarmierte Polizei setzte den Koffer mit der Höllenmaschine im Garten unter Wasser.

Einem ergänzenden Bericht des Polizeipräsidiums Altona-Wandsbek zufolge stimmt die innere Anordnung der Sprengladung mit der von den früheren Sprengstoffanschlägen in Schleswig-Holstein bekannten Ladungen überein. Die Zündung, die auf 4 Uhr früh eingestellt gewesen sei, habe durch eine Taschenlampenbatterie erfolgen sollen, doch sei der Zeiger der Uhr aus zunächst unbekannten Gründen über den Kontakt hinweggeglitten. Alle Arbeiten an der Höllenmaschine seien sauber ausgeführt gewesen. Für die letzten Handreichungen hätten die Helfer Gummihandschuhe benutzt, die sie an dem Koffer zurückließen.

Rundschau im Auslande.

* In Ausführung des litauischen Militärgesetzes wird im Memelgebiet eine Aushebungskommission gebildet werden, der je ein Vertreter des Gouverneurs und des Direktoriums angehören.

* Die italienische Kammer bestätigte ein Gesetz, das die Einführung des Religionsunterrichts in den Mittelschulen verfügt.

* In Paraguay ist eine deutsche Landwirtschafts- und Gewerbekammer gegründet worden. Zweigstellen befinden sich in Villarica und Encarnacion.

*

700-Jahr-Feier des Zipser Deutschtums.

* Im Sommer werden die Bewohner des Göllnitztales, das zu der deutschen Sprachinsel Zips in der Tschechoslowakei gehört, das siebenhundertjährige Jubiläum ihrer Einwanderung mit einer großen Kundgebung feierlich begehen.

Deutsches Museum in Brasilien.

* Am 11. Mai wird in der deutsch-brasilianischen Siedlung Blumenau die feierliche Grundsteinlegung des Museums der deutschen Einwanderung stattfinden, zur Erinnerung an die ersten Deutschen, die vor hundert Jahren sich in dem brasilianischen Staate Santa Catharina ansiedelten.

Kabinett Bartel zurückgetreten.

Keine schnelle Lösung der Krise.

Ministerpräsident Bartel hat dem polnischen Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts überreicht. Der Staatspräsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen und die bisherigen Minister mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Nach Meldungen polnischer Blätter dürfte dieses Provisorium sich bis zum 31. März, das heißt also bis zum Abschluß der Haushaltstagung, ausdehnen. Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß das Kabinett Bartel durch eine Regierung der starken Hand im Sinne der Oberstengruppe abgelöst wird, doch ist auch ein sechstes Kabinett Bartel denkbar.

Gandhis Zug durch Indien.

— London, 17. März.

Nach den letzten Berichten aus Indien hat der Führer des Kreuzzugs gegen England, Gandhi, seinen Fußmarsch verlangsamt. Gandhi kündigte nämlich an, daß er das Dorf Dandi, wo die — ungesetzliche — Fabrikation von Salz durch Verdunsten von Meerwasser beginnen soll, erst am 1. April erreichen wird, also nicht, wie angekündigt, schon Mitte dieser Woche. Man erwartet, daß noch weitere Scharen von Freiwilligen sich bilden werden.

Umsturzversuch in Reval.

Aufdeckung einer kommunistischen Verschwörung.

Die Polizei in Reval hat eine große Kommunistenverschwörung aufgedeckt. Bisher sind in Reval und Pernau zwanzig Verhaftungen, darunter von Abgesandten der Komintern, vorgenommen worden. Unter dem beschlagnahmten Material sind genaue Richtlinien der Komintern für einen Umsturzversuch gefunden worden. Die Polizei konnte einen der Führer in die Wohnung locken, die die Verschwörer als Versammlungsraum benutzten. Die Wohnung war vorher durch Kriminalbeamte besetzt worden. Nach verzweifeltem Kampf wurde der Kommunist erschossen. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Namen der Verhafteten werden geheimgehalten.

Primo de Rivera †.

Plötzlicher Tod des Generals.

Der spanische General Primo de Rivera, der sich bald nach seinem Sturz nach Paris begeben hatte und dort in einem Hotel wohnte, ist ganz plötzlich gestorben.



Primo de Rivera litt an einer Zuckererkrankung und wollte sich in Kürze nach Frankfurt a. M. in Sonderbehandlung begeben.

Letzte Meldungen.

Die Beisetzung des mecklenburgisch-schwerinschen Landesbischofs.

— Schwerin, 17. März. Die Beisetzung des Landesbischofs von Mecklenburg-Schwerin, D. Dr. Behm, fand unter größter Anteilnahme aus dem ganzen Lande und von Vertretern der evangelischen Kirchen des Reiches statt. Zur Trauerfeier im Schweriner Dom waren u. a. erschienen der ehemalige Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die Herzogin Adolf Friedrich zu Mecklenburg und das mecklenburgisch-schwerinsche Staatsministerium. Im Mittelpunkt der Trauerfeier stand die Gedächtnisrede des Oberkirchenrates D. Goesch und das Gebet des Oberkirchenrates Sieden. Nach der Gedächtnisfeier setzte sich der lange Trauerzug unter dem Geläute aller Kirchenglocken des Landes in Bewegung.

40 Personen an Gasvergiftung erkrankt.

— **Hamburg**, 17. März. In der „Alten Schmiede" in Großflottbek fand eine Festlichkeit statt. In kurzer Zeit wurden 12 Personen ohnmächtig. Der Saal wurde geräumt. Die Aerzte stellten Kohlenoxydgasvergiftung fest. Zahlreiche Personen erkrankten erst später. Lebensgefahr besteht bei keinem Erkrankten.

Aufwärtsleser am Niederrhein!

Volksabend der Evangelischen Arbeitervereine Hombergs und des Evangelischen Bundes am Sonntag, den 23. März, im Saale des Evangelischen Gemeindehauses Homberg a. Niederrhein, Wilhelmstraße, abends 7½ Uhr.

Vortrag:

„Wie kann reformatorischer Glaube unter uns wieder neu werden?"

(Pastor Wilm-Bethel.)

Der Schriftleiter des „Aufwärts", Herr Kraa, spricht über: **„Evangelische Pressearbeit".**

Aufwärtsleser sind besonders eingeladen.

H. Bonnekamp, Lehrer.

Heisek! Fay's Sodener

Evang. Schulgemeinde
Kloster Urspring bei Schelklingen
Schwäb Alb. 550 Meter überm Meeresspiegel.

Neugegründetes Landerziehungsheim für Knaben und Mädchen auf bewußt evangelischer Grundlage. Oberrealschule und Reformrealgymnasium. Kleine Klassen. — Reges Musikleben. — Sport. — Wandern. — Werkstätten. — Prospekt durch die Leitung **Dr. Bernh. Hell.**

r die

Konfirmation

empfehlen wir:

„Friedrich v. Bodelschwingh"
Ein Lebensbild, von seinem zweiten Sohne verfaßt. In Halbl. geb., 424 S. stark, zum Preise von 3.50 Mk., in Ganzl. geb. Mk. 4.—. Bei Abnahme von 6 Exemplaren 1 Freiexemplar.

Tersteegen,
eine Auswahl aus seinen Liedern und Sprüchen. Mit Bildern von Meta Voigt-Claudius. Schön in Leinen geb. Mk. 4.—

Dieses Buch möchten wir besonders warm empfehlen. Die Bilder der Dresdener Künstlerin, die in feinsinniger Weise die verschiedenen Lieder illustrieren, machen das Buch zu einer wertvollen Gabe. Die äußere gefällige Ausstattung sichert ihm auch eine freundliche Aufnahme.

„Das Lukas-Evangelium"
Mit vielen Bildern von Meta Voigt-Claudius, elegant in Leinen gebunden Mk. 4.—

Schriftenniederlage d. Anstalt Bethel
Bethel b. Bielefeld.
Postscheck-Konto Hannover 49657

Für ein christliches Erziehungsheim wird eine arbeitsfreudige
Persönlichkeit
(Fräulein oder Frau) gesucht, die befähigt und bereit ist, die fehlende Hausmutter nach allen Seiten zu ersetzen. Bedingung ist christlicher mütterlicher Sinn und Erfahrung in Kindererziehung. — Gefällige Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsanspr. werden erbeten an die Geschäftsstelle d. Blattes unter A 6308.

Hauswirtschafts-Praktikantin
staatl. gepr. Lehrerin der Hauswirtschaftskunde, 24 Jahre alt, Pastorentochter, sucht Beschäftigung in größeren haus- oder landwirtschaftl. Betrieben (Anstalten, Heime, Gutsbetrieben u. ä.) als Praktikantin bezw. Haushaltspflegerin, sofort oder später. Nachrichten vermittelt **Pastor Gensch, St. Jürgen bei Ritterhude** (Bez. Bremen)

Kindergärtnerin und Hortnerin
Oberlel.-Reife, Frauensch., 19 J., sucht Stellung in Kinderheim oder in Familie.
Hanna Heller, Osnabrück, Uhlandstraße 30.

Gelegenheitskauf.
Harmonium, wie neu, Eiche, 12 Reg., mit Aeolsharfe 8 u. unsichtb. eingeb. Spielapparat für 475 statt 600 RM, zu verk.
Pfarrhaus Flegessen, bei Hameln.

Alle Augen sind auf mein konkurrenzlos billiges
Rosenangebot
gerichtet.
10 Stück in 10 Sort. . . RM 3.—
25 „ in 10 Sort. . . RM 6.50
50 St. RM 10,50 u. 100 St. RM 20.—
Nachn. — **Heinr. P. J. Schüder, Tornesch/Holst. 365.**

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.
Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen, Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in **Ophir** erhältlich.

Unsere hochfeine
Hessische Markenbutter,
ungesalzen, unter ständiger Überwachung durch die Landwirtschaftskammer, vielfach ausgezeichnet (zuletzt München 1929 erster Preis), liefern wir direkt an Verbraucher zum billigsten Tagespreis (heute 1,75 RM per Pfd.) in Postkollis von 6 und 9 Pfd.
Molkereigenossenschaft Neukirchen (Kr. Ziegenhain)

Kalbskeulen
(Hinterkeulen)
in bekannt. Güte, tägl. frisch, amtl. gestemp., RM 9 f. netto 9 Pfd., 9 Pfd. frisches, knochenfreies Kalbgulaschfleisch RM 10 fr. Haus inkl. Porto und Verpack. Nachn.
A. P. Christophersen, Rödlund 3 (Schleswig-Holstein)

Übernehme noch n. eigenem System (Fernbuchhaltung) **einige Buchführungen für Gewerbetreibende, Handwerker, Landwirte usw., sowie Erledigung sämtlicher Steuersachen und Einziehung von Forderungen über ganz Deutschland.** Mäßig. Honorar. Garant. schnellste Erledigung. Beste Referenzen. **A. Zühlke,** Bücherrevisor, **Kassel,** Annastr. 101. Tel. 6319.

Zimmer
gut möbliert, heizbar, mit separatem Eingang u. Morgenkaffee zum 1. 4. zu vermieten
Zastrowstraße 16, 1. Etage.

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg.

Der Deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!
Jede Woche
nach wie vor die Zeitschrift **mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!**
80 Seiten für **50** Pf • Monatsbezug RM **2.-**
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmacheholz** hat abzugeben **Morisa.**

— Gutes **Zeiß-Glas** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an Haus Thekoa.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.